

„Das ist unglücklich, jetzt die SPD zu reizen“

Von **Nikolaus Doll**, **Rasmus Buchsteiner**

Stand: 26.11.2025 | Lesedauer: 5 Minuten



Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU, l.) und sein Vize Lars Klingbeil (SPD)

Quelle: Kay Nietfeld/dpa

Im Renten-Streit sind die Konfliktlinien in der Union verhärtet – die SPD pocht wiederum auf Verabschiedung des Pakets in unveränderter Form. Eine Äußerung des Kanzlers von Südafrika aus löst neue Irritationen im eigenen Lager aus.

Die Junge Gruppe in der Unionsfraktion beharrt auch nach erheblichem Druck aus der CDU auf grundlegende Änderungen am Gesetzesentwurf des Kabinetts zur Stabilisierung des Rentenniveaus – und lehnt ein Einlenken ab. Die SPD-Fraktion geht dagegen weiter davon aus, dass das in der Koalition umstrittene Gesetz Anfang Dezember in der vorletzten Sitzungswoche des Jahres in den zentralen Punkten unverändert verabschiedet wird.

Auf die Frage, ob das Rentenpaket in der kommenden Woche im Parlament verabschiedet wird, sagte SPD-Fraktionschef Matthias Miersch am Montag: „Ich gehe davon aus.“ In der SPD-Fraktion heißt es weiter: „Es ist weiterhin der Plan, das Gesetz in der ersten Dezemberwoche durch den Bundestag zu bringen, damit es ohne Fristverkürzung im Gesetzgebungsprozess am 19. Dezember im Bundesrat behandelt werden kann und damit abschließend verabschiedet wird.“

Andernfalls könnten weitere Elemente des Rentenpakets wie die Mütterrente, die sogenannte Aktivrente (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article69007697ef02c303905fa898/neue-steuervorteile-schon-vor-aktivrente-fast-jeder-achte-rentner-unter-74-geht-weiter-arbeiten.html>) mit steuerfreien Zuverdienstmöglichkeiten für Rentner oder die „Frühstartrente“ nicht wie vereinbart in Kraft treten. „Und das sind alles Anliegen der Union“, sagt ein SPD-Fraktionsmitglied.

Daher sei eine Einigung im Rentenstreit innerhalb der Union bis zum Ende dieser Woche nötig, so die SPD-Position. Vertreter der Bundesregierung erwecken den Eindruck, das sei möglich. „Gedulden Sie sich noch ein paar Tage, das Jahr ist ja nicht mehr so lang“, sagte Vize-Regierungssprecher Sebastian Hille am Montag zu den Chancen einer Einigung. Derzeit fehlen der Koalition im Bundestag allerdings aufgrund des Widerstands der Jungen Gruppe 18 Stimmen für das Gesetz – Union und SPD haben im Bundestag nur eine Mehrheit von zwölf Stimmen.

Und die Junge Gruppe, also die Abgeordneten, die bei der Bundestagswahl Anfang des Jahres 35 Jahre oder jünger waren, sieht sich unterstützt von der Jungen Union und nach einem Appell von namhaften Ökonomen in ihrer Kritik an dem Gesetzentwurf bestätigt. Die Jungen Abgeordneten stören sich an der im Gesetzentwurf geplanten Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent über das Jahr 2031 hinaus – dies gehe zulasten der jungen Menschen.

Rund 20 renommierte Wirtschaftswissenschaftler und Forscher anderer Fachrichtungen dringen nun darauf, dass die Bundesregierung das geplante Rentenpaket vollständig stoppt. In einem gemeinsamen Papier der Fachleute, aus dem das „Handelsblatt“ zitiert, heißt es unter anderem, die Reformpläne der schwarz-roten Bundesregierung verstießen gegen zentrale Prinzipien erfolgreicher Rentenpolitik.

Spahns Disziplin-Appell kommt nicht gut an

Noch liegen die Positionen der jungen Abgeordneten in der Union und der SPD nach offiziellen Bekundungen weit auseinander. Pascal Reddig (<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus6909d95e154e6f61444c4ed5/rentenstreit-spd-vs-union-was-sagst-du-einer-krankenschwester-die-43-jahre-eingezahlt-hat-und-mit-900-euro-rente-dasteht.html>), Vorsitzender der Jungen Gruppe, sagte WELT TV, „natürlich bleiben wir dabei, dass wir hier weiterhin Veränderungsbedarf sehen, bevor wir dem Gesetzesentwurf zustimmen können“.

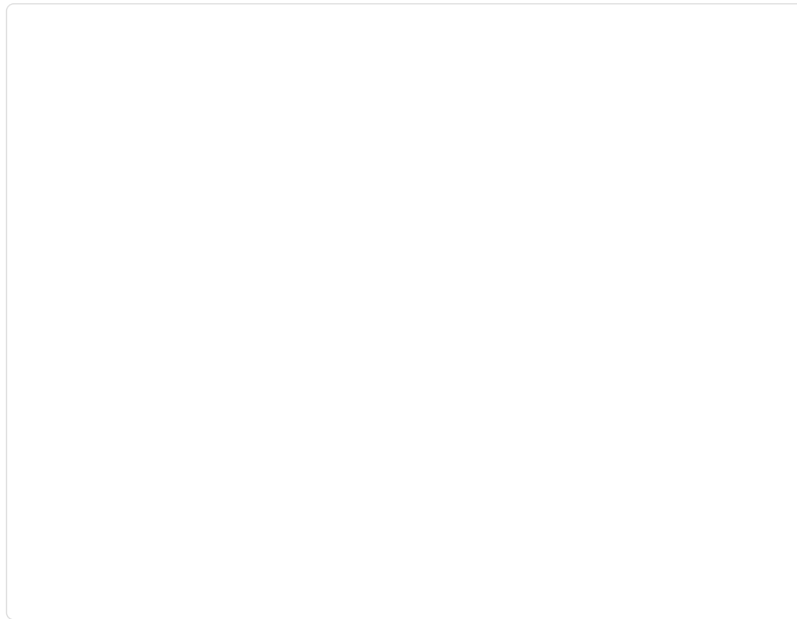
Die SPD hält dagegen: „Die Rente ist für die SPD eines der entscheidenden Themen in dieser Legislaturperiode. Wir haben uns mit der Union im Koalitionsvertrag gegen Zugeständnisse bei anderen Themen auf einen gemeinsamen Entwurf auf ein Rentengesetz verständigt, und ich sehe auch nach unionsinternem Widerstand keine Möglichkeit, dass daran jetzt Substanzielles geändert wird“, sagte der SPD-Abgeordnete Ralf Stegner WELT.

Die Kritiker in der Union an dem Rentengesetz fordern von Kanzler Friedrich Merz und Unionsfraktionschef Jens Spahn (beide CDU), Druck auf die SPD auszuüben, um Änderungen an dem Gesetzentwurf zu erreichen. Das Problem ist, dass sowohl der Kanzler als auch Spahn wie das Bundeskabinett gar keine Änderungen an dem Gesetz wollen und es mit Blick auf Stabilität der Koalition auch angesichts inhaltlicher Vorbehalte durchwinken würden.

Bislang, so die Kritik der Jungen Gruppe, verweigere sich die SPD Verhandlungen über den Gesetzentwurf beharrlich. Dem widersprechen Mitglieder der Unionsfraktionsführung und SPD-Abgeordnete. „Wir reden dazu mit der SPD. Das Rentenpaket muss kommen, damit wir nicht weiteres Vertrauen in der Bevölkerung verspielen“, sagt ein CSU-Abgeordneter. Für die Christsozialen ist die Einführung der dritten Stufe der Mütterrente ein Kernanliegen.

Für die SPD sagt der Abgeordnete Stegner: „Es gibt derzeit Gespräche mit der Union über das Gesetz, aber nicht in dem Sinn, den Entwurf grundsätzlich zu überarbeiten. Der Kanzler und der Unions-Fraktionschef müssen mit ihren Leuten reden und eine Mehrheit organisieren.“

Daran arbeiten Fraktionschef Spahn und die Fraktionsspitze derzeit, allerdings mit bislang überschaubarem Erfolg. Spahns Aufruf zur Disziplin in der Fraktion kam auch bei Abgeordneten, die nicht Teil der Jungen Gruppe sind, nicht gut an. Spahn hatte erklärt: „Diese Koalition muss regierungsfähig sein, wenn wir etwas erreichen wollen für unser Land.“ Die Botschaft: Die jungen Abgeordneten sollten den Widerstand gegen das Rentengesetz aufgeben. Zu der Zwickmühle, in der sich die Union gerade befindet, sagte daher ein CSU-Abgeordneter: „Das ist sicher nicht der Fehler der Jungen Gruppe.“



Auch der Appell von Kanzler Merz in der Sache kam nicht bei allen in der Union gut an. Merz hatte am Rande des G-20-Gipfels im südafrikanischen Johannesburg im [Interview mit WELT TV \(https://www.welt.de/politik/deutschland/article692330c470cfcb7cc9617093/friedrich-merz-die-rote-linie-ist-ganz-sicher-die-territoriale-integritaet-der-ukraine.html\)](https://www.welt.de/politik/deutschland/article692330c470cfcb7cc9617093/friedrich-merz-die-rote-linie-ist-ganz-sicher-die-territoriale-integritaet-der-ukraine.html) auf die Frage, ob er an dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung festhalte oder ob sich noch etwas ändern könne, erklärt: „Der Vorschlag liegt im Bundestag und liegt dort zur Abstimmung. Und bis dahin werden wir weitere Gespräche führen.“

Diese Äußerung wird so interpretiert, dass der Kanzler Änderungen am Kabinettsentwurf offenkundig nicht ausschließt. „Das ist unglücklich, jetzt auf einer Auslandsreise Stellung zu nehmen und die SPD zu reizen“, meint ein führendes Mitglied der Unionsfraktion. Es sei doch gute Sitte, sich im Ausland nicht zur Innenpolitik zu äußern.

Nikolaus Doll (<https://www.welt.de/autor/nikolaus-doll/>) *berichtet über die Unionsparteien und die Bundesländer im Osten.*

Rasmus Buchsteiner (<https://www.welt.de/autor/rasmus-buchsteiner/>) ***ist Chef***
Correspondent Berlin bei „Politico“ Deutschland.

© PREMIUM-GRUPPE GmbH 2025

Ein **Axel Springer** Unternehmen

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung –
so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen <https://epaper.welt.de>